

Gastkommentar

Service public: Geht der Staat zu weit?

Sie planen einen Büroumzug? Sie wollen Ihr Haus mit Multimediatechnik ausrüsten? Sie brauchen ein neues iPhone? An wen wenden Sie sich? Genau, an den Staat, denn dieser bietet bei diesen Dienstleistungen Hand - Post, LKW und Telecom machen es möglich. Genauso gut könnten Sie sich aber an private Logistikdienstleister, Elektroinstallateure oder Fachhändler wenden, denn für all diese Dienstleistungen gibt es auch private Anbieter. Welche Legitimation hat der Staat also, in diesen Bereichen tätig zu sein?

Keine, um es vorwegzunehmen. Denn die Rolle des Staates ist es grundsätzlich, die gesellschaftlichen und rechtlichen Rahmenbedingungen so zu setzen, dass eine wettbewerbsrechtliche Marktwirtschaft funktionieren kann. Doch damit ist der Staat keineswegs aus der Verantwortung entlassen, er muss zudem dort eingreifen, wo der Markt essentielle Güter und Dienstleistungen nicht in der politisch gewünschten Menge zur Verfügung stellt oder in Sektoren, in denen hohe Infrastrukturkosten private Mitbewerber von einem Markteintritt abhalten.

Ist von Service public die Rede, stehen meistens Unternehmen mit Netzwerkinfrastrukturen im Vordergrund: Post, Telekommunikation, Energieversorgung oder öffentlicher Verkehr. Der Staat hat verschiedene Möglichkeiten, die Grundversorgung sicherzustellen. Liechtenstein hat in den oben genannten Bereichen öffentliche Unternehmen gegründet und diese mit Grundversorgungsaufgaben betraut und Schritte zur Marktliberalisierung eingeleitet. Während die staatlichen Anbieter früher eine Monopolstellung innehatten, sind heute die Märkte weitgehend für Wettbewerber geöffnet - inklusive reguliertem Zugang zu den kostspieligen Infrastrukturen.

Getrieben von der Digitalisierung, haben sich die Kundenbedürfnisse in den letzten Jahren stark

«Erst wenn der Service public ein Preisschild bekommt, kann eine zielgerichtete Debatte darüber geführt werden.»

Doris Quaderer,
Projektleiterin Zukunft.li

verändert - so verlieren Briefe im Zeitalter von E-Mails an Bedeutung und Festnetztelefonie wird zumindest in Privathaushalten immer mehr zum Auslaufmodell. Im Energiesektor wird die Umweltpolitik immer stärker zum strategischen Einflussfaktor. Trotz der veränderten Rahmenbedingungen verlangt die Politik von den öffentlichen Unternehmen, gewinnorientiert zu arbeiten, ohne jedoch die Mindestanforderungen des Service public anzupassen. Die Erwartungen an die Grundversorgung bleiben hoch - dies zeigt beispielsweise die jüngst emotional geführte Debatte um die Verlegung der Poststelle Triesen. Diese Diskrepanz führt dazu, dass die öffentlichen Unternehmen förmlich dazu gedrängt werden, neue Ertragsquellen in Bereichen zu erschliessen, wo sie private Unternehmen konkurrenzieren und allenfalls Risiken eingehen, die zu einem grossen Teil die Allgemeinheit zu tragen hat, wie mehrere

Beispiele aus jüngster Vergangenheit in Liechtenstein belegen.

Immerhin - die Regierungsparteien haben das Problem erkannt: «Bezüglich öffentlich-rechtlicher Unternehmen wird der Service public sichergestellt, möglichst ohne damit das private Unternehmertum zu konkurrenzieren», heisst es im Koalitionsvertrag. Um dieses Ziel zu erreichen, muss zuerst Transparenz geschaffen werden, welche Kosten der Service public verursacht und wie diese heute finanziert werden. Erst wenn der Service public ein Preisschild bekommt, kann eine zielgerichtete Debatte darüber geführt werden, in welchen Bereichen und welchem Umfang diese Leistungen heute noch nötig sind. In der Folge kann entschieden werden, wer diese Leistungen zu welchen Konditionen bereitstellt. Schliesslich muss Service public nicht zwingend von einem staatlichen Akteur erbracht werden - in gewissen Sektoren kann es effizienter sein, Private damit zu beauftragen und entsprechend abzugelten oder aber die öffentlichen Unternehmen zu privatisieren.

Dass öffentliche Unternehmen Zügel service, Elektroinstallationen oder iPhones anbieten, hat nichts mit Service public zu tun. Diese Beispiele zeigen exemplarisch, wie weit sich der Staat von seiner eigentlichen Rolle entfernt hat und wie nötig entsprechende Reformen sind. Zukunft.li wird dieses Spannungsfeld mit einer Studie, die im Juni erscheinen wird, näher beleuchten.



Doris Quaderer
Projektleiterin Zukunft.li

Die Bauarbeiten für den neuen Unternehmenssitz des Brauhauses in Schaan schreiten voran



Börsenkommentar

Sommer - Börse

Kluge Köpfe haben ausgerechnet, dass die durchschnittliche Kursentwicklung von Ende April bis Ende September zur schlechtesten gehöre. Kluge Köpfe haben allerdings ein endemisches Problem mit der Börse: Sie ist das Eldorado der Ungenauigkeit. Daher treffen sie oft den Börsennagel nicht auf den Kopf. Das mag wohl daran liegen, dass sie dazu neigen, die Bedeutung ihres Wissens zu überschätzen. Oder liegt Klugheit vielleicht gerade darin, das eigene Wissen nicht zu überschätzen?

Das könnte an der Börse in etwa zutreffen. Schauen wir uns kurz an, wie sich der MSCI Welt von Ende April bis Ende September in den letzten fünf Jahren entwickelt hat: Plus 3,2 % 2016, plus 6,5 % 2017, plus 4,6 % 2018, plus 1 % 2019 und plus 15,3 % 2020. Diese Zahlen relativieren den Spruch «Sell in May and go away».

Verlängern wir die Betrachtung auf 10 Jahre, hätte der Spruch sich nur 2015 und 2011 bewahrheitet. Im Gefolge der Eurokrise gab der MSCI Welt von Ende April bis Ende September 2011 20 % preis. Im Januar 2013 war die Eurokrise in den meisten Köpfen nicht behoben, der gesamte Verlust aber aufgeholt. Der Verlust von 2015 war im Januar 2017 aufgehoben.

Beide Rückschläge stellten keine Bärenmärkte dar, sondern lediglich Rücksetzer in einem intakten Aufwärtstrend.

Bärenmärkten soll man ausweichen, wobei man erst 10 bis 20 % unter der Kursspitze merkt, dass ein richtiger Bärenmarkt begonnen hat, der 18 bis 24 Monate dauern wird und nach Ende der Kurskaskaden 3 bis 6 Monate hoher Volatilität ablaufen wird, bevor ein nachhaltiger Aufwärtstrend beginnt. Wer Kursrücksetzern in einem Bullenmarkt ausweichen will, verpasst entscheidende Abschnitte eines solchen Marktes. Das hat zwei Gründe. Der Ausstieg erfolgt fast nie auf der Kursspitze, bevor ein Rücksetzer beginnt, und die Informationslage ist nach Ende des Rücksetzers keine andere als vorher und gibt daher keine guten Gründe her, um «im Loch» wieder einzusteigen. Den neuesten Beweis für diese These lieferten die Aktienmärkte letztes Jahr.

Nun kann es durchaus sein, dass ich einfach nicht gut genug bin, um jeden Rückschlag in einem richtigen Bullenmarkt optimal zu bewirtschaften. Allerdings spricht die Finanzmarktforschung dafür, dass meine Einschätzung richtig ist, nämlich dass die Antizipation von Kursbewegungen innerhalb etablierter Standardabweichungen nicht systematisch erfolgreich gelingen kann. Was gelingen kann - und das werden regelmässige Leserinnen und Leser dieser Kolumne bemerkt haben -, ist hingegen sehr wohl, die relativ stärksten Segmente eines globalen Marktes rechtzeitig zu erfassen und zu bewirtschaften.



Alfons Cortés
Börsenexperte